



change | reader

Integration

change | reader

Integration

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Reihe *change* | reader

Band Integration

E-Book zum Magazin *change* Ausgabe 1/2016

© 2016 *E-Book-Ausgabe*

Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Bertelsmann Stiftung

Umschlagabbildung: Hero/Fancy/Strandperle/F1online

ISBN 978-3-86793-733-7 (PDF)

ISBN 978-3-86793-734-4 (EPUB)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort

Vielfältiges Deutschland

Multikulturalismus: Erfolg, Scheitern und Perspektiven

»... denn sie wissen nicht, was sie tun.« Wie Journalismus die Integrationsdebatte beeinflusst

Brücken bauen – Perspektiven aus dem Einwanderungsland Deutschland

Es geht uns alle an – Warum Jugendliche zu Dschihadisten werden können

Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland

Einleitung

Das Islambild

Lebenswelten deutscher Muslime

Einleitung

Muslimische Religiosität und Sozialintegration

Antidiskriminierungspolitik in der deutschen Einwanderungsgesellschaft

Vorwort

Das geltende Antidiskriminierungsrecht

Migration gerecht gestalten

Migration im 21. Jahrhundert – Herausforderungen für Deutschland und Europa

Fairness in einem klassischen Einwanderungsland – Erfahrungen aus Kanada

Die Europäische Union und die Migration aus Drittstaaten

Werte lernen und leben

Vorwort

Einleitung

Wertebildung in der Fachdebatte: Theoretische Grundlagen und
pädagogische Konzepte

Wertebildung im internationalen Vergleich: Impulse und Konzepte aus
anderen Ländern

Vorwort

In einer vielfältigen Gesellschaft sind gemeinsame Werte wie Respekt und Toleranz unverzichtbar. Doch wie unterschiedlich sind die Lebensrealitäten heute in Deutschland? Welche Auswirkungen hat religiöse Vielfalt auf das soziale Miteinander? Und was können wir von anderen Ländern für die Integrationsdebatte hierzulande lernen?

Der vorliegende E-Book-Reader ergänzt die Schwerpunktausgabe »Integration« unseres Magazins *change* vom März 2016 mit weiteren wertvollen Inhalten. Die Beiträge diskutieren das komplexe Bündel integrationspolitischer und -kultureller Fragen, geben Impulse für eine faire Migrationspolitik und setzen Zeichen für eine lebendige Demokratie. Bei den Texten handelt es sich um Auszüge aus Büchern des Verlags Bertelsmann Stiftung. Weitere Informationen zu unseren Verlagsprodukten finden Sie unter: www.bertelsmann-stiftung.de/verlag.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Malva Kemnitz

Vice President Corporate Communications

Bertelsmann Stiftung

Vielfältiges Deutschland (Leseprobe)

Auszug aus:

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Vielfältiges Deutschland

Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Gütersloh 2014

ISBN 978-3-86793-506-7 (Print)

ISBN 978-3-86793-566-1 (PDF)

ISBN 978-3-86793-567-8 (EPUB)

© Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Multikulturalismus: Erfolg, Scheitern und Perspektiven

Will Kymlicka

Die Konzepte für den rechtlichen und politischen Umgang mit ethnischer Vielfalt haben sich in den letzten 40 Jahren überall auf der Welt ständig gewandelt. Oft ist von »Aufstieg und Fall des Multikulturalismus« die Rede und daraus ist eine Art Metaerzählung geworden, auf die sich Wissenschaftler, Journalisten und Politiker immer wieder berufen, wenn sie erklären wollen, welche Richtung die Debatten rund um das Thema Diversität gegenwärtig nehmen. Zwar wird darüber gestritten, was nach dem Multikulturalismus kommen soll, doch herrscht ein erstaunliches Maß an Übereinstimmung darüber, dass wir in einer postmultikulturellen Epoche leben.

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass die Metaerzählung vom »Aufstieg und Fall des Multikulturalismus« ebenso viel verschleiert wie erhellt und dass wir ein anderes gedankliches Gerüst brauchen, um über politische Optionen in der Gegenwart nachzudenken. Erfolge und Fehlschläge multikulturellen Denkens und der Grad an öffentlicher Akzeptanz für multikulturelle Politik hängen stets davon ab, welche Probleme in welchen Ländern gelöst werden sollen, und wir müssen diese Wechselfälle verstehen, um ein nachhaltigeres Modell für den Umgang mit Diversität zu entwickeln.

Hier soll dargelegt werden, dass die Metaerzählung vergangene Experimente mit multikulturellem Denken und Handeln falsch darstellt, das Ausmaß der Abkehr von diesen Experimenten übertreibt sowie weder die tatsächlichen Schwierigkeiten und Grenzen, die bei diesen Versuchen sichtbar wurden, noch die Möglichkeiten, sie zu überwinden, richtig beschreibt.

Bevor wir uns entscheiden, den Niedergang des Multikulturalismus zu feiern oder zu beklagen, müssen wir klären, was Multikulturalismus in Theorie und Praxis bedeutet hat und bedeutet, wo genau er seine Ziele erreicht oder verfehlt hat und unter welchen Bedingungen er künftig Früchte tragen könnte.

Aufstieg und Fall des Multikulturalismus

Die Metaerzählung vom »Aufstieg und Fall des Multikulturalismus« gibt Aufschluss über wichtige Charakteristika unserer gegenwärtigen Debatten. In anderer Hinsicht ist sie jedoch irreführend und verstellt eher den Blick auf die tatsächlichen Herausforderungen und Chancen, mit denen wir konfrontiert sind. Die einfachste Variante dieser Metaerzählung lautet etwa wie folgt (Joppke und Morawska 2003; Koopmans 2006; zur Diskussion in Großbritannien siehe Hansen 2007; Back et al. 2002; Vertovec 2010; zu Australien siehe Ang und Stratton 2001; zur Situation in Kanada siehe Wong, Garcea und Kirova 2005; für einen guten Überblick, wie die Backlash-These in verschiedenen Ländern diskutiert wird, siehe Vertovec und Wessendorf 2010).

Von den 1970er- bis zur Mitte der 1990er-Jahre gab es in den westlichen Demokratien einen deutlichen Trend, Diversität verstärkt anzuerkennen und zu berücksichtigen. Hierzu wurde ein Spektrum multikultureller politischer Strategien entwickelt und es wurden Minderheitenrechte verankert. Multikulturelle politische Strategien gewannen Rückhalt in der Innenpolitik einzelner Staaten und in internationalen Organisationen. Sie bedeuteten auch eine Abkehr von früheren Vorstellungen einer einheitlichen und homogenen Nation.

Seit Mitte der 1990er-Jahre erleben wir jedoch einen Backlash und eine Abkehr vom Multikulturalismus. Ideen vom Zusammenhalt der Nation, von gemeinsamen Grundwerten und einer gemeinsamen Identität sowie einheitlichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten gewinnen dagegen wieder an Einfluss – sogar nach einer »Rückkehr zur Assimilation« wird gerufen.

Grund für diese Abkehr vom Multikulturalismus sind unter anderem Ängste innerhalb der Mehrheit, dass die Rücksicht auf Diversität »zu weit gehe« und die eigene Lebensweise bedrohe. Diese Ängste finden oft Ausdruck in einem vermehrten Zulauf zu nativistischen und populistischen politischen Bewegungen des rechten Flügels. So tritt etwa die Dänische Volkspartei für die überkommenen Vorstellungen ein, dass »Dänemark den Dänen« gehören sollte.

Die Abkehr ist aber auch Folge einer eher auf der linken Seite oder in der Mitte des politischen Spektrums verbreiteten Überzeugung, dass der Multikulturalismus gerade denjenigen, denen er nützen sollte – nämlich den Minderheiten selbst –, nicht geholfen habe, weil er die eigentlichen Ursachen für ihre soziale, wirtschaftliche und politische Ausgrenzung nicht bekämpft und entgegen aller Absicht vielleicht sogar zu ihrer sozialen Isolation beigetragen hat. Deshalb haben sich sogar die Mitte-Links-Kräfte, die sich ursprünglich für Multikulturalismus stark gemacht hatten, wie die sozialdemokratischen Parteien in Europa, von ihm verabschiedet und diskutieren nun mit Nachdruck über »staatsbürgerliche Integration«, »sozialen Zusammenhalt«, »gemeinsame Werte« und »gleiche staatsbürgerliche Rechte und Pflichten für alle« (für einen Überblick vgl. Cupepus, Duffek und Kandel 2003).

Der sozialdemokratische Diskurs zur Integration unterscheidet sich vom Gedankengut der radikalen Rechten, indem er die Notwendigkeit betont, eine stärker inklusiv ausgerichtete nationale Identität zu entwickeln und Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen; doch man nimmt trotzdem Abstand von der Rhetorik und den politischen Strategien des Multikulturalismus. Dieser neue Ansatz, der versucht, die Begrenzungen eines naiven oder fehlgeleiteten Multikulturalismus zu überwinden, ohne wieder in repressive Denkmuster und nationalistische, Homogenität verherrlichende Ideologien zu verfallen, wird oft als Postmultikulturalismus bezeichnet (vgl. hierzu für Großbritannien Alibhai-Brown 2000 und 2004; für Australien Jupp 2007; und für die USA King 2004 sowie Hollinger 2006).

Was ist Multikulturalismus?

Ein irreführendes Bild

In vielen Publikationen, die sich dem Postmultikulturalismus zu-rechnen lassen, wird Multikulturalismus als Wohlfühlveranstaltung dargestellt, bei der die ethnisch-kulturelle Vielfalt gefeiert wird und die Bürger die ganze Palette von Gepflogenheiten, Traditionen, Musikstilen und kulinarischen Besonderheiten in einer multiethnischen Gesellschaft kennenlernen und genießen sollen. Yasmin Alibhai-Brown spricht vom »Multikulturalismus der drei S« in Großbritannien, bei dem Saris, Samosas und Steeldrums im Mittelpunkt stünden (Alibhai-Brown 2000).

Diese Form von Multikulturalismus stellt die bekannten kulturellen Eigenheiten ethnischer Gruppen in den Vordergrund – Kleidung, Kochkunst und Musik – und erhebt sie zu authentischen Praktiken, die von den Angehörigen der jeweiligen Gruppe bewahrt werden sollen und von anderen Bürgerinnen und Bürgern gefahrlos konsumiert werden können. Unter dem Banner der Multikulturalität werden diese Praktiken in Schulen unterrichtet, auf Festivals gezeigt, in Medien und Museen zur Schau gestellt usw. Diese Volksfestvariante des Multikulturalismus ist vielfach kritisiert worden und einige Einwände sollen hier wiedergegeben werden:

- Ein folkloristischer Multikulturalismus übergeht das Problem wirtschaftlicher und politischer Ungleichheit. Selbst wenn alle Briten sich für jamaikanische Trommelmusik oder indische Samosas begeisterten, hätte sich damit an den tatsächlichen Sorgen der karibischen und südasiatischen Communitys in Großbritannien nichts geändert – Arbeitslosigkeit, geringer Bildungserfolg, Segregation von Wohngebieten, mangelnde Englischkenntnisse und politische Marginalisierung bestünden fort. Diese wirtschaftlichen und politischen Probleme können nicht gelöst werden, indem man schlicht kulturelle Unterschiede feiert.
- Selbst das (sinnvolle) Streben, das Verständnis für kulturelle Unterschiede zu vertiefen, birgt Gefahren, wenn der Fokus darauf

liegt, »authentische« kulturelle Praktiken zu zelebrieren, die angeblich die »Einzigartigkeit« der jeweiligen Gruppe ausmachen. Zunächst einmal sollten nicht alle kulturellen Traditionen gewürdigt oder auch nur gesetzlich geduldet werden. Zwangsehen etwa sind abzulehnen. Um keine Konflikte zu schüren, werden bei multikulturellen Festen oft harmlose Gepflogenheiten in den Vordergrund gestellt – wie Kochkunst oder Musik –, an denen sich die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft erfreuen können. Doch dies birgt die Gefahr, kulturelle Unterschiede zu bagatellisieren oder zu Attraktionen in einem Multikulti-Disneyland zu machen. Die tatsächlichen Herausforderungen, die unterschiedliche kulturelle und religiöse Überzeugungen mit sich bringen können, werden dabei übersehen.

- Ein folkloristischer Multikulturalismus kann dazu führen, dass Gruppen als hermetisch abgeschlossen und statisch wahrgenommen werden. Dieser Vorstellung nach pflegt dann jede Gruppe auch zukünftig ihre eigenen, besonderen Traditionen. Multikulturalismus zielt zwar darauf ab, dass Menschen ihre Traditionen miteinander teilen, doch die Annahme, dass jede Gruppe sich durch ihre eigenen, unverwechselbaren Gepflogenheiten auszeichnet, blendet Prozesse der kulturellen Anpassung, Vermischung und Melange ebenso aus wie neu entstehende kulturelle Gemeinsamkeiten und nährt dadurch möglicherweise eine Wahrnehmung von Minderheiten als unabänderlich »anders«. Dies kann Vorurteile und stereotype Bilder verstärken und insgesamt zu einer Polarisierung in den Beziehungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen beitragen.
- In letzter Konsequenz kann ein folkloristischer Multikulturalismus Machtgefälle und einengende Traditionen innerhalb von Minderheiten verstärken. Um herauszufinden, welche Gepflogenheiten »authentisch« sind, was sie bedeuten und wie sie nach außen gezeigt werden, konsultieren staatliche Stellen in der Regel die traditionellen Eliten der jeweiligen Gruppen – meist ältere Männer –, nehmen aber selten zur Kenntnis, dass diese traditionellen Praktiken (und traditionellen Eliten) häufig von Reformern

innerhalb der Gruppe infrage gestellt werden, die ihre eigenen Ansichten darüber haben, wie sich etwa ein »guter Muslim« verhalten sollte. So kann ein folkloristischer Multikulturalismus Menschen auf »kulturelle Skripts« festlegen, die sie nicht anzweifeln oder ablehnen dürfen.

In der wachsenden Einsicht in eben diese Fehler sehen Verfechter des Postmultikulturalismus den Grund für die Abkehr von multikulturellen Ideen. Ein Erkenntnisprozess habe eingesetzt, zu dem auch die Suche nach neuen Modellen staatsbürgerlicher Beziehungen gehöre, die 1) auf politische Beteiligung und wirtschaftliche Chancen mehr Wert legen als auf eine symbolische Anerkennung kultureller Unterschiede, 2) Menschenrechte und individuelle Freiheit über den Respekt vor kulturellen Traditionen stellen, 3) die Stärkung auf Inklusion ausgerichteter nationaler Identitäten höher bewerten als die Anerkennung ererbter kultureller Identitäten und 4) kulturellen Wandel und kulturelle Annäherung begünstigen, statt unwandelbare kulturelle Unterschiede festzuschreiben.

Diese Erzählung vom Aufstieg und Fall eines folkloristischen Multikulturalismus ist sicher vielen Leserinnen und Lesern vertraut. Meines Erachtens wird sie jedoch der Wirklichkeit nicht gerecht. Zum einen wendet sie sich bereits gegen ein Zerrbild des Multikulturalismus und nicht gegen die praktizierte Realität, die sich in den letzten 40 Jahren in den westlichen Demokratien herausgebildet hat. Vor allem aber lenkt sie von den wirklichen Problemen ab, denen wir uns stellen müssen. Das Zerrbild eines Multikulturalismus, der Sarmosas, Saris und Steeldrums feiert, enthält auch realistische Elemente. Es zeigt eine natürliche menschliche Neigung, ethnische Unterschiede zu vereinfachen, und die Funktionsweise des globalen Kapitalismus, die es erlaubt, kulturelle Erzeugnisse weltweit zu vermarkten. Den verschiedenen politischen multikulturellen Strategien verschiedener Regierungen seit Ende der 1960er-Jahre und ihren komplexeren historischen Wurzeln und politischen Zielen wird es jedoch nicht gerecht.

Multikulturalismus im historischen Zusammenhang

Es ist wichtig, Multikulturalismus im historischen Zusammenhang zu verstehen. Die Idee eines multikulturellen Zusammenlebens gibt es seit Menschengedenken – immer haben unterschiedliche Kulturen Formen der Koexistenz gefunden und viele große Imperien, unter anderem das Osmanische Reich, zeichneten sich durch Respekt vor kultureller Vielfalt aus. Doch die Form von Multikulturalismus, von deren »Aufstieg und Fall« nun die Rede ist, stellt ein spezifischeres historisches Phänomen dar, das zuerst gegen Ende der 1960er-Jahre in den westlichen Demokratien auftauchte. Der genaue Zeitpunkt ist bedeutsam, will man den Multikulturalismus im Zusammenhang der großen gesellschaftlichen Transformation der Nachkriegsära begreifen.

Genauer betrachtet ist der Multikulturalismus Teil einer umfassenderen Revolution für die Menschenrechte, zu der auch der Kampf für einen fairen Umgang mit ethnischer Vielfalt gehörte. Bis zum Zweiten Weltkrieg war die ethnisch-kulturelle und religiöse Vielfalt im Westen geprägt von verschiedenen repressiven und undemokratischen Hierarchien, die durch rassistische Ideologien gerechtfertigt wurden (hierzu gehören Beziehungen zwischen Eroberern und Eroberten, Kolonialisten und Kolonialiserten, Herren und Sklaven, Siedlern und indigener Bevölkerung, ethnisch »unauffälligen« und aus ethnischen Gründen diskriminierten Bürgern, »normalen« und als abweichend stigmatisierten Menschen, Strenggläubigen und Häretikern, angeblich Zivilisierten und angeblich Primitiven, Verbündeten und Feinden). Diese Ideologien behaupteten, dass einige Völker und Kulturen anderen überlegen seien und deshalb das Recht hätten, andere zu beherrschen. In der westlichen Welt wurden diese Ideologien weithin akzeptiert und sowohl innerstaatliche Gesetze (z. B. eine auf Rassevorurteilen gründende Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik) als auch die Außenpolitik (z. B. in Bezug auf die Kolonien in Übersee) verschafften ihnen Geltung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch war man auf der ganzen Welt entsetzt über Hitlers fanatischen und mörderischen Gebrauch sol-

cher Ideologien. Die Vereinigten Nationen ächteten sie und traten für eine neue Weltanschauung ein, deren zentrale Überzeugung die Gleichheit aller Rassen und Völker ist. Diese neue Grundannahme von der Gleichheit aller Menschen brachte eine Reihe politischer Bewegungen hervor, die das Fortbestehen oder die anhaltenden Auswirkungen überkommener Hierarchien infrage stellten. Drei Wellen solcher Bewegungen lassen sich unterscheiden: der Kampf um Entkolonisierung, der vor allem zwischen 1948 und 1965 stattfand; der Kampf gegen Rassentrennung und -diskriminierung, für den die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung der Jahre 1955 bis 1965 sowohl Initialzündung als auch herausragendes Beispiel war; der Kampf für ein gleichberechtigtes multikulturelles Zusammenleben und für Minderheitenrechte, der in den späten 1960er-Jahren begann.

Alle politischen Bewegungen, die zu diesen drei Wellen gehören, beziehen ihre Ideale aus der Menschenrechtsrevolution und der grundlegenden Überzeugung von der Gleichheit der Rassen und Völker. Sie alle bekämpften überkommene ethnische Hierarchien und ihre Folgen. Die Menschenrechtsrevolution spielt hierbei sogar eine doppelte Rolle, indem sie nicht nur für den politischen Kampf begeistert, sondern auch die Grenzen für Ziele und Methoden dieses Kampfes vorgibt. Wenn Gruppen, die im Lauf der Geschichte marginalisiert oder stigmatisiert wurden, sich im Namen der Gleichheit gegen althergebrachte Hierarchien erheben, so müssen sie auch ihren eigenen Traditionen der Ausgrenzung oder Unterdrückung abschwören und Frauen, Schwulen und Lesben, Menschen gemischter Herkunft oder religiösen Abweichlern gleiche Rechte einräumen. Die Menschenrechte und die Prinzipien freiheitlich-demokratischer Verfassungen bilden den ideellen Rahmen für Debatten und Kämpfe.

Man kann also behaupten, dass jede dieser Bewegungen half, das demokratische Selbstverständnis zu vertiefen, und dazu beitrug, überkommene hierarchische Beziehungen in Beziehungen zwischen gleichberechtigten Bürgern freiheitlich-demokratischer Verfassungsstaaten zu verwandeln. Dieser Prozess verändert sowohl die vertikalen Beziehungen zwischen Minderheiten und dem Staat als auch die horizontalen Beziehungen zwischen den Angehörigen verschiedener

Gruppen. In der Vergangenheit ging man meist davon aus, dass ein solcher Prozess nur möglich sei, wenn allen Individuen die gleichen staatsbürgerlichen Pflichten auferlegt würden und sie die gleichen Rechte hätten.

Doch die multikulturellen Ideen und Strategien, die sich in den 1960er-Jahren herausbildeten, basieren auf der Überzeugung, dass verschiedene Gruppen aufgrund ihrer komplexen Geschichte notwendigerweise unterschiedliche ethnisch-politische Forderungen stellen und dass dies auch angemessen ist. Sollen alle Menschen in einer Gesellschaft zu gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern werden, liegt der Schlüssel zum Erfolg nicht etwa darin, diese unterschiedlichen Forderungen zu unterdrücken. Vielmehr kommt es auf die Sprache und Denkweise an, in der sie gestellt werden. Zentrale Begriffe dieser Sprache sollten die Menschenrechte, die bürgerlichen Freiheiten und die demokratischen Rechenschaftspflichten sein. Eben dieses Ziel, nämlich ethnisch-politische Forderungen in den Menschenrechtsdiskurs einzubinden, verfolgten multikulturelle Bewegungen.

Die multikulturellen Reformen, die diese Bewegungen im Einzelnen hervorbrachten, waren unterschiedlich und richteten sich jeweils nach der Geschichte der betroffenen Gruppe. Ausgangspunkt aller Reformen war der grundsätzliche Einspruch gegen Diskriminierung, der die zweite Welle der Bürgerrechtsbewegungen motivierte, doch multikulturelle Reformen gingen weit darüber hinaus und stellten andere Formen der Ausgrenzung und Stigmatisierung infrage. In den meisten westlichen Ländern findet seit den 1960er- und 1970er-Jahren keine Diskriminierung ethnischer oder religiöser Minderheiten mehr mit ausdrücklicher Unterstützung des Staates statt. Dies ist der zweiten Welle der Menschenrechtsbewegungen zu verdanken. Dennoch bestehen in vielen Gesellschaften ethnisch begründete Machtgefälle in unterschiedlicher Form fort, etwa als ökonomische Ungleichheit, fehlende politische Repräsentanz, soziale Stigmatisierung oder kulturelle Unsichtbarkeit. Verschiedene Spielarten des Multikulturalismus wurden entwickelt, um diese fortdauernden Ungleichheiten zu überwinden.

In diesem Beitrag liegt der Fokus auf Multikulturalismus im Zusammenleben mit (dauerhaft ansässigen) Gruppen von Zuwanderern; doch ist es interessant, dass auch da, wo historische Minderheiten und indigene Völker betroffen sind, um ein multikulturelles Verständnis von Staatsbürgerschaft gerungen wird.⁴

Die historische Entwicklung multikultureller Strategien

Multikulturelles Denken und Handeln in Bezug auf Zuwanderer ist nur ein Aspekt eines umfassenderen »ethnic revival« in den westlichen Demokratien (Smith 1981), in dessen Verlauf verschiedene Minderheiten für ein neues, multikulturelles Verständnis der Bürgerrechte gekämpft haben. Zu einem solchen multikulturellen Bürgerrechtskonzept gehören Maßnahmen gegen Diskriminierung, die öffentliche Anerkennung kultureller Unterschiede und Fördermaßnahmen. Wenn Zuwanderer zu gleichberechtigten Bürgern in einer multikulturellen Gesellschaft werden sollen, stehen andere Forderungen im Raum als bei indigenen Völkern oder nationalen Minderheiten: Zuwanderergruppen streben in der Regel nicht nach Landrechten, territorialer Autonomie oder der Anerkennung ihrer Sprache als Amts- oder Schulsprache. Doch wie sieht Gleichberechtigung für

4 Im Dialog mit indigenen Völkern z. B. – etwa den Maori in Neuseeland, den Aborigines in Kanada und Australien, den nordamerikanischen Indianern, den Samen in Skandinavien oder den Inuit in Grönland – wurden seit den späten 1960er-Jahren verschiedene Formen eines multikulturell geprägten Verständnisses staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten entwickelt. Dazu gehören Strategien wie die Anerkennung von Land- und Autonomierechten ebenso wie die Anerkennung von Gewohnheitsrecht und die verbindliche Zusage politischer Konsultationen. Auch wo nationale Gruppen betroffen sind – etwa die Basken und die Katalanen in Spanien, die Flamen und Wallonen in Belgien, die Schotten und Waliser in Großbritannien, die Québécois in Kanada, die Deutschen in Südtirol oder die Schweden in Finnland –, lassen sich neue multikulturelle Konzepte von Staatsbürgerschaft beobachten, zu denen Strategien gehören wie das Gewähren territorialer Autonomie innerhalb eines föderalen oder quasi föderalen Staates, die Anerkennung von Sprachen als regionale oder nationale Amtssprachen und die Verankerung einer politischen Repräsentanz innerhalb der Zentralregierung oder bei Verfassungsgerichten.

Zuwanderer innerhalb einer multikulturellen Bürgerschaft genau aus?

Der Index multikultureller politischer Strategien (Multiculturalism Policy Index, MPI) stellt einen Versuch dar, die historische Entwicklung multikultureller politischer Strategien in standardisierter Form zu erfassen und so vergleichende Forschung zu ermöglichen (vgl. Banting und Kymlicka 2006). Der Index führt acht multikulturelle politische Strategien auf, die Zuwanderer betreffen und besonders verbreitet sind oder eine besondere Symbolkraft haben (vgl. ausführlich: www.queensu.ca/mcp):⁵

- Bekenntnis zum Multikulturalismus in Verfassung, Gesetzgebung oder im Parlament auf zentralstaatlicher und/oder regionaler und kommunaler Ebene
- Aufnahme von Multikulturalismus in die Schulcurricula
- Berücksichtigung ethnischer Minderheiten/ihrer Belange im Sendeauftrag öffentlicher Medien und bei der Vergabe von Lizenzen und Senderechten
- Ausnahmen von geltenden Kleidervorschriften, entweder per Gesetz oder qua Gerichtsurteil
- Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit
- öffentliche Mittel für Organisationen ethnischer Gruppen zur Förderung kultureller Aktivitäten
- öffentliche Mittel für zweisprachigen oder muttersprachlichen Unterricht
- direkte Fördermaßnahmen für benachteiligte Zuwanderergruppen

Die Liste der Strategien ließe sich erweitern (oder auch verkürzen). Wichtig ist, dass in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den meisten westlichen Demokratien eine deutliche »multikulturelle

5 Wie bei allen Indices, die Entwicklungen in mehreren Ländern erfassen, war hier ein Kompromiss nötig: zwischen allgemein anwendbaren Standards und der Möglichkeit, lokale Besonderheiten wiederzugeben. Es gibt keine allgemein akzeptierte Definition multikultureller politischer Strategien und keine klare Trennlinie, die es erlaubt, multikulturelle politische Strategien von eng mit ihnen verbundenen Politikfeldern zu unterscheiden. Verschiedene Länder ziehen diese Linie jeweils unterschiedlich, sodass jede Auflistung offen für Widerspruch bleibt.

Wende« stattgefunden hat und dass wir eine Reihe politischer Strategien aufführen können, die von Kritikern wie auch von Verfechtern des Multikulturalismus als beispielhaft für diese Wende wahrgenommen werden. Jeder der aufgeführten Strategieindikatoren wurde ausgewählt, um eine bestimmte Dimension multikultureller Politik zu erfassen. Bei jedem der Indikatoren geht es um einen Punkt, in dem freiheitliche, demokratische Staaten sich entscheiden mussten, ob sie eine multikulturelle Wende vollziehen wollten oder nicht und ob sie im Umgang mit Zuwanderergruppen multikulturelle Formen bürgerlicher Gleichberechtigung weiterentwickeln wollten.

Zwar unterscheidet sich multikulturelle Politik zugunsten von Zuwanderergruppen wesentlich von multikulturellen Strategien in Bezug auf indigene Völker oder nationale Minderheiten, doch all diese Strategien werden mit der Notwendigkeit begründet, Spätfolgen überkommener Hierarchien zu überwinden und fairere und inklusivere demokratische Gesellschaften zu schaffen.

Das wichtigste Ziel des Multikulturalismus besteht also darin, neue Modelle gleichberechtigter bürgerlicher Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln, die im Ideal der Menschenrechte wurzeln, althergebrachte, mit den Bürgerrechten nicht zu vereinbarende, undemokratische Hierarchien ersetzen und Ausgrenzung in ihren verschiedenen Formen beenden. So verstanden bedeutet Multikulturalismus die Verwirklichung von Bürgerrechten. Diese Sichtweise unterscheidet sich selbstverständlich stark vom Bild eines Multikulturalismus, der angeblich unveränderliche kulturelle Differenzen zelebriert. Während ein folkloristischer Multikulturalismus Unterschiede in Kleidung, Küche und Musik betont und konsumierbar macht, politische und wirtschaftliche Ungleichheit aber ignoriert, steht im Mittelpunkt eines bürgerrechtlich verstandenen Multikulturalismus der Aufbau neuer bürgerschaftlicher und politischer Beziehungen, durch die jene tief verwurzelten Ungleichheiten überwunden werden sollen, die auch nach der Abschaffung gesetzlicher Diskriminierung fortbestehen.

Es kommt nun darauf an herauszufinden, welche der beiden Sichtweisen die westliche Erfahrung mit Multikulturalismus besser

erfasst. Ehe wir den Niedergang des Multikulturalismus feiern oder beklagen, müssen wir sicher sein, was Multikulturalismus bisher bedeutet hat. Eine Perspektive, die Multikulturalismus als unkritisches Zelebrieren kultureller Unterschiede darstellt, ist aus drei wesentlichen Gründen irreführend (vgl. Kymlicka 2007, Kapitel 3 bis 5).

Erstens zeugt die Behauptung, Multikulturalismus erschöpfe sich weitgehend oder ganz in kultureller Symbolpolitik, von mangelndem Verständnis der tatsächlichen politischen Programme und Maßnahmen. Ob nun indigene Völker, nationale Minderheiten oder Zuwanderergruppen betroffen sind, ist doch in jedem Fall offensichtlich, dass multikulturelle politische Strategien wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Aspekte miteinander verbinden. Während Minderheiten (zu Recht) bestrebt sind, die historisch gewachsene Stigmatisierung ihrer jeweiligen Kultur zu beenden, gehören zu einer multikulturellen Politik im Umgang mit Zuwanderern auch Strategien dafür, wie sich ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Chancen verbessern lassen – etwa Förderprogramme, politische Konsultationsvereinbarungen, öffentliche Mittel für die Selbstorganisation ethnischer Communitys und ein vereinfachter Zugang zur Staatsangehörigkeit. In Bezug auf Zuwanderer wie auch auf nationale Minderheiten und indigene Völker streben multikulturelle politische Strategien eine Verbindung aus kultureller Anerkennung, ökonomischer Umverteilung und politischer Teilhabe an.

Zweitens trifft auch die Behauptung, multikulturelles Denken blende die Bedeutung universeller Menschenrechte aus, nicht zu. Ganz im Gegenteil ist die multikulturelle Bewegung selbst eine Menschenrechtsbewegung, wie hier dargelegt wurde. Das Ideal der Menschenrechte und das Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Verfassung treiben die Bewegung an und geben gleichzeitig die Grenzen für ihre Methoden und Ziele vor. Multikulturalismus stellt die traditionellen ethnischen Hierarchien infrage, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Menschenrechtsrevolution angeprangert wurden. Versteht man Multikulturalismus als Verwirklichung von Bürgerrechten, so rechtfertigt multikulturelles Denken in keiner Weise die repressiven kulturellen Praktiken innerhalb von Minder-

heiten, die ja im Zuge der Menschenrechtsrevolution ebenfalls scharf kritisiert wurden. Genau die Gründe, die für einen bürgerrechtlichen Multikulturalismus sprechen, führen zu einer Ablehnung kultureller Gepflogenheiten, die Menschenrechte verletzen.

Dieser Zusammenhang lässt sich überall in den westlichen Demokratien beobachten. Wo immer Multikulturalismus politisch umgesetzt wurde, geschah dies auch im Namen der Menschenrechte und im Rahmen freiheitlich-demokratischer Verfassungen. Keine westliche Demokratie hat für Zuwanderer Ausnahmen von den in der Verfassung verankerten Menschenrechten zugelassen, damit Praktiken wie die Zwangsheirat, die Verfolgung Abtrünniger oder die Genitalverstümmelung beibehalten werden konnten.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, warum es falsch ist zu behaupten, der Multikulturalismus verleugne den tatsächlichen kulturellen Wandel. Bürgerrechtlicher Multikulturalismus zielt ganz im Gegenteil (und sehr bewusst) auf tiefgreifenden Wandel ab, und zwar sowohl bei den Minderheiten als auch bei der jeweiligen Bevölkerungsmehrheit. Von herrschenden und von ehemals beherrschten Gruppen verlangt multikulturelles Denken, dass sie Neues ausprobieren und sich auf neuartige Beziehungen, Vorstellungen und Debatten einlassen. All dies verändert die Identität der Menschen grundlegend. »Nichts hat sich in dreißig Jahren Identitätspolitik mehr verändert als die Identitäten von Männern und Frauen, Zuwanderern und Einheimischen, indigenen und nicht indigenen Bevölkerungsgruppen, Muslimen und Christen, Arabern und Angehörigen der westlichen Welt, Europäern und Nichteuropäern, kulturellen Minderheiten und Mehrheiten, Heterosexuellen und Homosexuellen« (Tully 2000: 231).

Die Menschenrechtsrevolution erscheint dadurch wie ein zweischneidiges Schwert. Sie hat ethnisch-kulturellen Gruppen die Möglichkeit gegeben, überkommene Hierarchien infrage zu stellen. Doch sie verlangt von ihnen auch, ihre Forderungen in einer ganz bestimmten Sprache vorzubringen – nämlich in Begriffen, die Achtung vor Menschenrechten, ein liberales Verständnis von Bürgerrechten und das Eintreten für demokratische Verfassungsgrundsätze voraussetzen.

Was die historisch dominante Mehrheit in einem Land betrifft, so ist die Notwendigkeit von Wandel offensichtlich. Die Mehrheit muss Fantasien von rassistischer Überlegenheit ebenso aufgeben wie ausschließliche Besitzansprüche auf den Staat und Versuche, öffentliche Institutionen nur nach ihren eigenen (in der Regel weißen/christlichen) Vorstellungen zu formen. Tatsächlich besteht der lange Marsch durch die Institutionen, den der Multikulturalismus angetreten hat, genau darin, tief verwurzelte Traditionen, Gewohnheiten und Symbole anzugreifen, durch die Minderheiten ausgegrenzt oder stigmatisiert wurden. Über diesen Prozess ist viel geschrieben worden und zwar sowohl darüber, wie die jeweilige Mehrheit ihre Identität und ihre Gepflogenheiten verändern muss, als auch über die starke politische Gegenbewegung, die von solchen Anforderungen ausgelöst werden kann (zum »weißen Backlash« gegen den Multikulturalismus in Großbritannien und Kanada siehe Hewitt 2005 und Hansen 2007).

Doch multikulturelle politische Strategien verlangen auch von benachteiligten Gruppen, dass sie ihre Identität und ihre Gepflogenheiten grundlegend verändern. Viele dieser Gruppen haben selbst eine Geschichte, die von ethnischen Vorurteilen, Antisemitismus, Ausgrenzung aufgrund von Kasten- oder Geschlechtszugehörigkeit, religiösem Bekennerwahn und autoritärer Herrschaft geprägt ist. So gibt es Gruppen, die gegen ihren untergeordneten Status im Verhältnis zur herrschenden Gruppe aufbegehren, dabei aber ihre eigene Überlegenheit gegenüber anderen Gruppen zu verteidigen suchen. Einige Gruppen ostasiatischer Zuwanderer in Kanada etwa protestieren zwar lautstark gegen den Rassismus, den sie selbst erleiden, pflegen aber ein größeres Maß an rassistischer Voreingenommenheit gegenüber den kanadischen Aborigines als weiße Kanadier. Manche hinduistischen Zuwanderer aus Indien, die hohen Kasten angehören, beklagen die Tatsache, dass die Weißen sie immer noch nicht vollständig akzeptieren, versuchen aber, den Kontakt mit Angehörigen niederer Kasten aus ihrem Heimatland zu vermeiden. Manche Männer aus Nordafrika protestieren gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, weigern sich aber, Frauen einzustellen oder für Frauen zu arbeiten. Diese Aufzählung ließe sich unendlich fortführen. All dies

läuft den Normen eines freiheitlichen und demokratischen Multikulturalismus zuwider.

Für alle Betroffenen hält der Multikulturalismus sowohl Chancen als auch Herausforderungen bereit. Multikulturelle politische Strategien schaffen Anlaufstellen und juristische Mittel, die unterprivilegierte Gruppen nutzen können, um Rechte einzufordern. Doch diese Chance hat ihren Preis: Menschenrechte, bürgerliche Freiheiten und das Prozedere freiheitlich-demokratischer Verfassungsstaaten müssen ebenso akzeptiert werden wie alle Rechtsgüter, die dazugehören, etwa die Gleichberechtigung der Geschlechter, Religionsfreiheit, das Verbot von Rassendiskriminierung, Rechte für Lesben und Schwule, das Recht auf faire Gerichtsverfahren usw. Benachteiligte Gruppen können sich also auf multikulturelle politische Strategien berufen, um sich gegen Intoleranz und Ausgrenzung zu wehren, doch nach den Grundsätzen eben dieser Strategien sind auch sie selbst zur Inklusion verpflichtet.

Multikulturalismus in der Praxis

Funktionieren multikulturelle politische Strategien in der Praxis? Haben sie tatsächlich erfolgreich ethnisch begründete Hierarchien infrage gestellt und demokratischere Beziehungen unter gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern geschaffen? Eins lässt sich leider mit Sicherheit sagen: Bisher haben wir nicht genügend Daten, um diese Frage erschöpfend zu beantworten (vgl. Marc 2009).

Teilweise liegt dies an der Schwierigkeit, zwischen den Auswirkungen multikultureller politischer Strategien und der Wirkung anderer Faktoren wie veränderter Richtlinien für die Auswahl von Zuwanderern und neuer Arbeitsmarktrichtlinien zu unterscheiden. Jeffrey Reitz erklärt, Multikulturalismus sei zwar in der Forschung breit diskutiert worden, doch fehle »eine wirkliche Evaluation. Für eine solche Evaluation gibt es einfach nicht genügend Ausgangsdaten« (Reitz 2009: 13). Obwohl man diese unbefriedigende Datenlage berücksichtigen muss, kann man auf einige verblüffende Forschungsergebnisse aus jüngster Zeit hinweisen.

Die kanadische Erfolgsgeschichte

Eine der wenigen Untersuchungen, in denen versucht wurde, die Wirkung multikultureller politischer Strategien getrennt von anderen Faktoren zu erfassen, führte Irene Bloemraad durch. Sie vergleicht die Integration vietnamesischer Einwanderer in Boston und in Toronto (Bloemraad 2006).

Dieser Vergleich ist unter anderem deshalb so interessant, weil beide Gruppen bis zu ihrer Ankunft wesentliche Eigenschaften teilten – sie reisten zu ungefähr derselben Zeit ein, hatten ähnliche Niveaus von Bildung, Wohlstand, Sprachkenntnissen usw. Dennoch haben sich die Vietnamesen in Toronto viel effektiver in das politische Leben integriert als in Boston und Bloemraad zufolge lässt sich dies vor allem durch den kanadischen Multikulturalismus erklären. Mit seiner proaktiven multikulturellen Politik hat Kanada die Vietnamesen eindeutig und nachdrücklich zur politischen Teilhabe eingeladen und außerdem wurden Material und logistische Unterstützung für die Selbstorganisation und politische Vertretung der vietnamesischen Community bereitgestellt. Bloemraad kommt für die portugiesischen Zuwanderercommunitys in beiden Städten zu einem ähnlichen Ergebnis: Wieder sind die Portugiesen in Toronto politisch besser integriert als in Boston, obwohl beide Gruppen einander bis zu ihrer Ankunft in wichtigen Eigenschaften glichen.

Dies ist nur ein Beispiel für einen Befund, den man kurz als Kanadas Erfolgsgeschichte im Vergleich mit anderen Ländern bezeichnen kann. Kanada hat als erstes westliches Land offiziell eine multikulturelle Politik im Umgang mit ethnischen Gruppen verfolgt, die durch Zuwanderung ins Land kamen, und es ist bis heute das einzige Land, das Multikulturalismus in seiner Verfassung verankert hat. Etwaige negative oder unerwünschte Auswirkungen multikultureller politischer Strategien sollten also in Kanada besonders früh und deutlich zutage treten. Studien belegen aber etwas anderes:

- Zuwanderer erwerben in Kanada häufiger die Staatsangehörigkeit (ebd.), sie gehen häufiger zur Wahl oder kandidieren selbst für ein politisches Amt (Howe 2007); wenn sie kandidieren, werden sie

häufiger gewählt als Zuwanderer in anderen westlichen Demokratien (Adams 2007), was unter anderem daran liegt, dass die kanadischen Wählerinnen und Wähler solche Kandidaten nicht aufgrund ihrer Herkunft ablehnen (Black und Erickson 2006; Bird 2009).

- Kinder von Zuwanderern erzielen in Kanada bessere Bildungsergebnisse als in anderen westlichen Demokratien (OECD 2006) und Zuwanderer werden zwar in allen westlichen Gesellschaften für ihre Herkunft »bestraft«, indem sie Arbeit annehmen müssen, für die sie überqualifiziert sind, doch in Kanada ist diese Kluft zwischen Qualifikation und tatsächlicher Beschäftigung am kleinsten (Heath 2007).
- Kanadier finden häufiger als die Bürger anderer westlicher Demokratien, dass Zuwanderung ihrem Land nützt, und haben im Durchschnitt weniger Vorurteile gegen Muslime (Focus Canada 2006). Und während in anderen Ländern Vertrauen und Sozialkapital kleiner wurden, wenn die ethnische Vielfalt zunahm, scheint es in dieser Hinsicht eine »kanadische Ausnahme« zu geben (Kazemipur 2009; Harell 2009).

Dass Kanada in diesen Bereichen erfolgreicher ist als andere Länder, wird zwar allgemein anerkannt, doch Skeptiker bezweifeln, dass multikulturelle politische Strategien an diesen Erfolgen überhaupt nennenswerten Anteil haben. Einige Kritiker des Multikulturalismus erklären Kanadas Integrationserfolge durch andere Faktoren, etwa durch den Umstand, dass Zuwanderer in Kanada zumeist besser ausgebildet sind als Zuwanderer in anderen Ländern und dass der Arbeitsmarkt vergleichsweise offen ist. Anders ausgedrückt kommen dieser Sichtweise zufolge Zuwanderer mit größerem Humankapital nach Kanada und können dann dieses Humankapital auf dem dortigen Arbeitsmarkt leichter nutzen als in anderen Ländern. Kanadas multikulturelle politische Strategien tragen nach dieser Einschätzung nicht zur Integration von Zuwanderern bei, sondern können die Integration sogar erschweren (z. B. Goodhart 2008).

Kanadas selektive Einwanderungspolitik spielt in der Tat eine wichtige Rolle doch muss man berücksichtigen, dass viele der hier zitierten

Untersuchungen und auch die Studie von Bloemraad so ausgelegt sind, dass das Qualifikationsniveau der Zuwanderer die Ergebnisse nicht verzerrt. Bloemraads Studie zufolge integrieren sich die Vietnamesen in Toronto besser als die Vietnamesen in Boston, obwohl beide Gruppen vor der Ankunft das gleiche Qualifikationsniveau hatten. Tatsächlich hat Kanada seinen Vorsprung vor anderen Ländern nicht bei der Integration besonders hoch qualifizierter Zuwanderer erreicht, die mit großer Wahrscheinlichkeit überall wären; vielmehr ist die Kluft zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten besonders groß, wenn es um die Einbürgerung weniger qualifizierter Zuwanderer geht.

Zudem belegen eine Reihe neuer Studien die positive Rolle, die multikulturelle politische Strategien im Gesamtprozess der Integration von Zuwanderern spielen können. Diese Untersuchungen legen nahe, dass multikulturelle politische Strategien auf zwei Ebenen wirksam werden: Sie verändern die Identität von Personen und den Aufbau von Institutionen.

Was die Identität der Menschen betrifft, so weisen Umfrageergebnisse darauf hin, dass der Multikulturalismus gebürtigen Kanadiern und Zuwanderern eine Möglichkeit gibt, sich miteinander zu identifizieren. In den meisten Ländern neigen einheimische Bürger mit ausgeprägtem Nationalgefühl oder Nationalstolz dazu, Zuwanderern zu misstrauen und sie als Bedrohung zu empfinden (Sides und Citrin 2007). Doch in Kanada, das sich offiziell als multikulturelle Nation definiert hat, ist Multikulturalismus eine Quelle für eine gemeinsame nationale Identität. Gebürtige Kanadier und Zuwanderer sind gleichermaßen stolz darauf. Studien zeigen, dass ein nationales Identitätsgefühl leichter in Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit abgeleitet, wenn es nicht mit Multikulturalismus einhergeht (vgl. Uberoi 2008 sowie Esses et al. 2006). So ist Kanada vielleicht das einzige westliche Land, in dem die Stärke des nationalen Identitätsgefühls positiv mit der Bejahung von Zuwanderung korreliert. Wenn man den Grund hierfür nicht im Multikulturalismus suchen will, lässt sich dieses Untersuchungsergebnis kaum erklären (Johnston et al. 2010; Laczko 2007).

Untersuchungen zu Vertrauen und Sozialkapital deuten auf eine ähnliche Dynamik hin. Robert Putnam hat nachgewiesen, dass Vertrauen und Sozialkapital in den Vereinigten Staaten in dem Maß

schrumpfen, in dem die ethnische Vielfalt wächst (Putnam 2007). In Kanada lässt sich dagegen nichts dergleichen beobachten (Kazemipur 2009), schon gar nicht unter den jüngeren Generationen, die zur Zeit der multikulturellen Politik aufgewachsen sind (Harell 2009). Für sie ist Vielfalt normal geworden.

Eine aktuelle internationale Studie hat außerdem bestätigt, dass Multikulturalismus sich positiv auf das Wohlbefinden von Zuwanderern auswirkt, indem er individuelle Akkulturationsprozesse erleichtert (Berry et al. 2006). Viele Untersuchungen zeigen, dass es sowohl das seelische Wohlbefinden als auch die soziokulturelle Leistung von Zuwanderern fördert, wenn sie ihre ethnische Identität mit einer neuen nationalen Identität in Einklang bringen können. Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang oft von einer »Integrationsorientierung« und unterscheiden diese von einer »Assimilationsorientierung« (die dazu führt, dass Zuwanderer ihre ethnische Identität zugunsten einer neuen nationalen Identität aufgeben) oder einer »Segregationsorientierung« (bei der Zuwanderer die neue nationale Identität ablehnen, um ihre ethnische Identität aufrechtzuerhalten).

Verfechter des Multikulturalismus erklären seit Langem, dass multikulturelle Politik eine Integrationsorientierung fördern und ermöglichen kann – diese Annahme ist als »Multikulturalismus-Hypothese« bekannt (Berry, Kalin und Taylor 1977). Angehörige einer zugewanderten Minderheit identifizieren sich umso leichter mit einer neuen nationalen Identität, je mehr sie den Eindruck haben, dass ihre ethnische Identität in der Öffentlichkeit respektiert wird. So bestätigte die International Comparative Study of Ethnocultural Youth, für die mehr als 5.000 Jugendliche in 13 Ländern befragt wurden, dass in Ländern mit multikulturellen politischen Strategien die Entwicklung einer solchen Integrationshaltung gefördert wird und dadurch bessere Integrationsergebnisse erzielt werden (vgl. Berry et al. 2006).

Auch auf institutioneller Ebene gibt es Belege dafür, dass Multikulturalismus öffentliche Einrichtungen inklusiver und fairer macht. Eine Studie der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der zufolge Studierende aus Zuwandererfamilien in Kanada bessere Studienergebnisse erzielen als in anderen

westlichen Ländern, hob als eine wesentliche Ursache für diesen Erfolg gezielte Fördermaßnahmen hervor, durch die der Umgang mit kultureller und sprachlicher Vielfalt an den Schulen erleichtert werden soll. Solche Fördermaßnahmen wurden in Kanada als Teil einer multikulturellen Politik eingeführt (OECD 2006). Sie sind ein Grund dafür, dass Kinder von Zuwanderern in Kanada bessere Bildungserfolge erzielen als in anderen westlichen Demokratien. Dies gilt auch dann noch, wenn die Ergebnisse um Variablen wie das Qualifikations- und Bildungsniveau und das Einkommen der Eltern bereinigt wurden.

Zudem hat Multikulturalismus nachweislich viel dazu beigetragen, den politischen Prozess in Kanada inklusiver zu gestalten. Wie die Studie von Bloemraad zeigt, haben multikulturelle politische Strategien die vietnamesische Community ermutigt und befähigt, schneller und effektiver in Institutionen der kanadischen Mehrheitsgesellschaft Einfluss zu nehmen. Insbesondere haben sie die Selbstorganisation der vietnamesischen Community erleichtert. Sie haben 1) dafür gesorgt, dass einzelne Mitglieder der Community, die mit kanadischen Institutionen und Gepflogenheiten vertraut sind, eine Führungsrolle übernehmen, 2) neue Verfahren für Konsultationen und politische Beteiligung eingeführt und 3) ein Umfeld geschaffen, das Zuwanderer freundlicher als zuvor willkommen heißt.

Man kann also zusammenfassen, dass Kanadas Vorsprung vor anderen Ländern sich nicht vollständig durch seine selektive Einwanderungspolitik erklären lässt. Eine Reihe aktueller Untersuchungen deutet darauf hin, dass Kanadas multikulturelle Politik sich ebenfalls positiv auswirkt, weil sie Integration, politische Beteiligung und sozialen Zusammenhalt fördert, indem sie auf individueller Ebene Einstellungen, Selbstbilder und Identitäten verändert und auf gesellschaftlicher Ebene Institutionen umgestaltet.

Die europäische Erfahrung

Ob Multikulturalismus sich in anderen Ländern ähnlich positiv ausgewirkt hat – oder auswirken könnte –, lässt sich allerdings noch